LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/16229**

31.10.2025

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/14527

2. Lesung

Gesetz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Berichterstatter Abgeordneter Klaus Voussem

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP - Drucksache 18/14527 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 30.10.2025/Ausgegeben: 31.10.2025

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf, Drucksache 18/14527, wurde durch das Plenum am 10. Juli 2025 nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie an Wissenschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem eine Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung und der Stabsstelle „Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtags vor. Damit folgen die Initianten den Vorschlägen eines vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft berufenen Expertengremiums zur Neuorganisation der Landeszentrale für politische Bildung.

B Beratung

Der Hauptausschuss hat am 25. September 2025 eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchgeführt. Der mitberatende Wissenschaftsausschuss hat sich an der Anhörung nachrichtlich beteiligt.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
Professor Dr. Winfried Kluth Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Lehrstuhl für Öffentliches Recht Halle	**18/2802**
Dr. Helle Becker Geschäftsführerin von Transfer für Bildung e.V. Leiterin der Fachstelle politische Bildung Essen	**18/2934**
Marat Trusov Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW Wuppertal	**18/2922**
Professor Dr. Thomas Goll Lehrstuhl für integrative Fachdidaktik Sachunterricht und Sozialwissenschaften Technische Universität Dortmund	**18/2873**

Urheber/in	Stellungnahme
Thomas Gill Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung Berlin	**18/2891**
Sibylle Thelen Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Stuttgart	**18/2923**

Daneben lag eine nicht angeforderte Stellungnahme 18/2936 vor.

Das Wortprotokoll der Anhörung vom 25. September 2025 liegt als Ausschussprotokoll 18/991 vor.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Hauptausschusses am 30. Oktober 2025; ebenso die abschließende Beratung und Abstimmung.

Die Sprecher und Sprecherinnen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP dankten allen Beteiligten für die schnelle und konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Gesetzentwurfs unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Expertenkommission. Aus der insgesamt sehr bestätigenden Anhörung am 25. September 2025 habe man noch kleinere Anregungen und Hinweise erhalten, die man in einem gemeinsamen Änderungsantrag für die 2. Lesung im Plenum im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigen wolle.

Die Sprecherin der Fraktion der SPD konstatierte zu dem, das NRW im Ranking der Bundesländer bezüglich der Unabhängigkeit der Landeszentrale aufsteigen werde. Das Projekt sei auch „auf der Höhe der Zeit“.

Der Sprecher der FDP-Fraktion fügte hinzu, dass die Neukonstruktion der Landeszentrale lange tragen könne und stellte heraus, dass die politische Bildung zwar neutral, aber auch wertegebunden sei und nicht alle politischen Positionen mit der freiheitlich-demokratischem Grundordnung vereinbar wären.

Der Sprecher der Fraktion der AfD machte seine Ablehnung des Gesetzentwurfs und des Verfahrens, das die anderen Fraktionen gewählt haben, deutlich. Im Ergebnis werde aus seiner Sicht die Landeszentrale instrumentalisiert, um eine demokratisch legitimierte Partei zu diskretisieren. Eine Überparteilichkeit werde auf diesem Wege jedenfalls nicht erreicht. Es wären andere Ansätze erforderlich, um die notwendige Unabhängigkeit einer politischen Bildung herbeizuführen, die mit ihrem Angebot Bürger erreiche, neutral informiere und mündig mache.

Die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegnete, dass die AfD aus ihrer Sicht die Kernaufgaben der politischen Bildung nicht verstanden habe, Menschen zu befähigen, sich in die Politik einzubringen. Zu den gesellschaftlichen Herausforderungen habe auch die AfD beigetragen.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/1032 verwiesen.

Der mitberatende Wissenschaftsausschuss hat seine Mitberatung in der Sitzung am 29. Oktober 2025 ohne Abgabe eines Votums abgeschlossen.

Über den Gesetzentwurf, Drucksache 18/14527, wurde im federführenden Hauptausschuss am 30. Oktober 20255 abgestimmt. Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD unverändert angenommen.

Auf den schon in der Diskussion am 30. Oktober 2025 avisierten Änderungsantrag von vier Fraktionen zur 2. Lesung im Plenum wird hingewiesen.

C Ergebnis

Der federführende Hauptausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/14527, unverändert anzunehmen.

Klaus Voussem
Vorsitz